

# Deutscher Schritt gegen Polen

## Erdrückendes Material über polnische Terrorakte

Berlin, 26. November.

Der vom Auswärtigen Amt mit den Feststellungen über die brutalen Terror- und Blutakte der polnischen Aufständischen gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien betraute deutsche Generalkonsul in Kattowitz, Freiherr von Grünau, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen und hat der Reichsregierung seinen eingehenden Bericht mit umfassendem Beweismaterial unterbreitet. Dadurch ist die Reichsregierung nunmehr in der Lage, auf Grund der Genfer Konvention und des Minderheitenschutzvertrages entsprechende Schritte beim Völkerbundsrat einzuleiten.

Das Kabinett dürfte sich bereits in den nächsten Tagen mit der Vorbereitung dieses Schrittes beschäftigen und auch feststellen, ob der deutsche Schritt nicht auch noch auf einen Hinweis auf die außergewöhnlichen Verhältnisse an der deutsch-polnischen Grenze ausgedehnt werden soll, die geeignet erscheinen, die guten Beziehungen zweier Nachbarstaaten und damit den allgemeinen Frieden zu gefährden. Es muß weiter geprüft werden, ob die besondere Lage es nicht erforderlich macht, den Völkerbundsrat zu einer Sondertagung einzuberufen, damit an Ort und Stelle eine Untersuchung durch den Völkerbund vorgenommen wird.

Das Verhalten der polnischen Behörden seit den deutschen Vorstellungen in Warschau und Kattowitz scheint darauf hinzudeuten, daß man in Warschau einsehen, in welcher unangenehme Lage Polen durch den Vandalismus der polnischen Nationalisten gekommen ist. Von der polnischen Presse wird gemeldet, daß der Gemeindevorsteher und der polnische Schulleiter in Hohenbirken wegen der Viehplague Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung ihres Amtes enthoben seien. Ein Disziplinarverfahren gegen sie wie auch gegen den Polizeikommandanten, der strafverletzt wurde, sei eingeleitet. Für die Beschädigten habe das Wojewodschaftsamt vorläufig 3500 Zloty zur Verfügung gestellt. Die polizeilichen Ermittlungen nach den an den Terrorakten beteiligten Personen hätten bis jetzt zur Verhaftung von 13 Personen geführt, doch seien die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. In Kreisen der deutschen Minderheiten weist man aber darauf hin, daß diese nachträglichen Feststellungen den Kern der Sache und die eigentlichen Anstifter nicht treffen.

Sowohl der Kattowitzer Wojewode Grazynski scheint unbehelligt zu bleiben, ebenso wird das Ergebnis der Sejm- und Senatswahlen trotz der festgestellten terroristischen Wahlbeeinflussung nicht kassiert.

### Entschiedene Abwehr erforderlich

#### Die Grenzziehung im östlichen Mitteleuropa unhaltbar.

Die entsetzlichen polnischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Polen haben zu einer Großen Anfrage der Deutschen Staatspartei im Preussischen Landtag geführt, in der es u. a. heißt: Die Behinderung der polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität in der Ausübung ihres Wahlrechtes, die Terror- und Vorkott-Akte im ehemaligen Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien, die sich bis zu bestialischen Rohheitsakten gegenüber Angehörigen des deutschen Volkstums gesteigert haben, zeigen, daß die durch die Grenzziehung des Versailler Diktats bedingte politische Lage im östlichen Mitteleuropa unhaltbar ist. Es wird gefragt, ob die Staatsregierung gewillt sei, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß der deutsche Gesandte in Warschau unverzüglich beauftragt wird, von der polnischen Regierung mit allem Ernst und Nachdruck die Sicherung des Lebens, Eigentums und der Meinungsfreiheit der deutschen Bevölkerung in Polen sowie Schadensersatz für die zugefügte Unbill zu verlangen. Ferner wird um Auskunft erfragt, ob die preussische Staatsregierung auf die Reichsregierung einwirken wolle, daß dem Generalsekretariat des Völkerbundes unverzüglich eine Denkschrift über die Vorgänge der letzten Wochen in Polen vorgelegt und diese bei der nächsten Tagung des Völkerbundsrates in einer den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkstums in Polen entsprechenden Weise behandelt wird.

### Pastor Hartfinger bei Calonder

Kattowitz, 26. November.

Pastor Hartfinger hatte in Gegenwart des Kirchenpräsidenten Boh-Breslau eine etwa halbstündige Unterredung mit Präsident Calonder. Dem Präsidenten wurde auch die Bitte unterbreitet, der deutschen evangelischen Gemeinde in Golaszowicz zu einem ausreichenden Schutz zu verhelfen.

In Golaszowicz selbst sind inzwischen dreißig Personen, darunter der Küster und Organist, verhaftet worden. Diese wurden zunächst im Keller der Polizeikommandantur untergebracht. In der Stadt sind von Aufständischen gestellte Wachen aufgezogen.

### Offener Brief an den Präsidenten Calonder.

Gleitwitz. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, der Deutsch-evangelische Volksbund Oberschlesiens und der Oberschlesische Kulturverband haben einen Offenen Brief an den Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, gerichtet, in dem erneut schärfster Protest gegen den blutigen Terror, unter dem die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens leidet, eingelegt wird. Es heißt darin u. a.:

„Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des Völkerbundes alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, damit die jeder Gerechtigkeit und Menschlichkeit hohnsprechende Behandlung unserer Volksgenossen aufhört. Wir können uns damit nicht einverstanden erklären, daß Ihr Einfluß sich auf Vorstellungen beim Wojewoden Grazynski beschränkt. Wir wissen diesen vor aller Welt für die Greuelthaten mitverantwortlich, da er selbst Aufständischer ist und die Aufständischenverbände seines Schutzes versichert.“

Wir bitten Sie, beim Völkerbund, dem entweder die Macht oder der Wille fehlt, die Minderheiten zu schützen, dahin zu wirken, daß der Fehlspruch der Völkerverkonferenz gutgemacht und Ostoberschlesien dem ihm kulturell, wirtschaftlich und national verbundenen Deutschland wiedergegeben werde.

Nur auf diesem Wege kann die in bedrohliche Nähe gerückte Kriegsgefahr, hervorgerufen durch die Aufständischen und ihre amtlichen Schützer, beseitigt werden.

weitesten Kreisen in Thüringen die sonst nicht so übermäßig fest begründete Stellung des Herrn Dr. Frick mehr gestützt, als das das ganze Land verlebende Vorgehen des Reichsinnenministeriums. Es würde dem Ansehen des Reiches und auch der allgemeinen politischen Entwicklung im Sinne der Reichsregierung in Thüringen von größtem Nutzen sein, wenn der Streit mit Thüringen schnellstens in loyaler Weise aus der Welt geschafft würde.

### Schachts Amerika-Erfolge:

#### Neue internationale Wirtschaftskonferenz?

Newyork, 26. November.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat seine Vortragsreise durch Amerika abgeschlossen und sich am Dienstagabend auf dem „Columbus“ wieder nach Deutschland eingeschifft. Am Montagabend sprach er noch auf dem Jahresessen des Oekonomischen Clubs von Newyork, wo 1200 Personen versammelt waren, darunter die namhaftesten Vertreter von Industrie und Finanz. Dr. Schacht als Hauptredner des Abends, faßte seine verschiedenen früheren Ausführungen und den Gesamteindruck seiner Beobachtungen in Amerika dahin zusammen, daß überall im Lande nicht nur ein zunehmendes Interesse für das Reparationsproblem, sondern auch ein wachsendes Gefühl dafür zu spüren sei, daß die ungelösten Probleme des Weltkrieges eine ständige Bedrohung des wirtschaftlichen Wohlstandes der Welt bedeuten. Dr. Schacht wurde schließlich im Laufe des Abends gebeten, noch einen besonderen Ueberblick über die wirtschaftlichen Nöte Deutschlands zu geben und eine Reihe von Fragen zu beantworten. Dr. Schacht unterzog sich dieser Aufgabe in einer Weise, die ihm immer erneuten stürmischen Beifall eintrug. Die ganze Reise Dr. Schachts, der außer in Newyork in etwa 15 Städten der Vereinigten Staaten gesprochen hat, ist ausgezeichnet verlaufen und seine Vorträge haben starke Wirkung erzielt.

Präsident Mooney betonte in seinen Ausführungen, es dürfe nicht bezweifelt werden, daß sich aus wirtschaftlichen Ursachen in Europa Reibungen ergäben, die ihrerseits wieder kriegerische Verwicklungen verursachen könnten. Es wäre vonnöten, daß eine Konferenz zur Erörterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen das Problem dieser Reibungen zu klären suche.

### Der Prozeß gegen die „Industrie-Partei“

Moskau, 26. November.

Die Verhandlungen vor dem Obersten Gerichtshof der UdSSR in Sachen der sogenannten „Industriepartei“ wurde gestern eröffnet. Angeklagt sind Professor Kamsin und andere Professoren und Ingenieure wegen Organisierung von Schändlingsaktionen und Vorbereitung einer Intervention der Auslandsstaaten. Der Verhandlung wohnten über tausend Arbeiter, viele hervorragende Gelehrte, Ingenieure, Schriftsteller, Vertreter der Sowjetpresse und mehr als sechzig Berichterstatter der Auslandspresse bei. Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Anklageschrift.

Während der Sitzung durchzogen Demonstrationen mit Musik die Straßen. Der Zug endete beim Gewerkschaftshaus, in welchem die Gerichtsverhandlung abgehalten wird. Die Demonstranten, deren Zahl eine Million überstieg, führten Plakate und Inschriften mit, wie „Die Vorbereitung der Intervention beantwortet wir mit der Ausführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren.“ „Wir verlangen Unerbittlichkeit vom Proletarischen Gericht“ und dergleichen mehr.

### Schuldbekennnis der Moskauer Angeklagten?

Nach Moskauer Mitteilungen wurde am ersten Verhandlungstag gegen Kamsin und Genossen nach der Verlesung der Anklageschrift den Angeklagten die Frage vorgelegt, ob sie sich schuldig bekennen. Sämtliche Angeklagten hätten diese Frage bejaht (!) und sich auch zu näheren Auskünften im Laufe der Verhandlung bereit erklärt. Gegen die Zusammenfassung des Gerichts hätte keiner der Angeklagten Einwendungen zu machen gehabt.

### Das Einwanderungsverbot für Amerika

Washington, 25. November

Die Ankündigung des amerikanischen Senats Reed, daß er auf der Tagung des Kongresses beantragen werde, jegliche Einwanderung in die Vereinigten Staaten mit Wirkung vom 31. Juli 1931 ab für zwei Jahre zu verbieten, wird von der republikanischen und der Arbeiterpresse durchweg begrüßt. Auch Senator Davis von Pennsylvania, bisher Arbeitsminister, erklärte, den Antrag zur Verhinderung eines weiteren Anschwellens der Arbeitslosigkeit kräftig unterstützen zu wollen. Zurzeit läßt sich noch nicht voraussagen, ob die beiden Häuser des Kongresses dem Antrag zustimmen werden.

Präsident Hoover über die neuen Zollbestimmungen und das Einwanderungsgesetz.

Newyork. Im Anschluß an die Veröffentlichung der neuen Ausführungsbestimmungen zum Zollgesetz erklärte Präsident Hoover in der Pressekonferenz am Dienstag, daß sich die neuen Maßnahmen keineswegs gegen Sowjetrußland richten, sondern alle Länder angängen. Der Präsident unterstrich, daß die Vereinigten Staaten am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion stark interessiert seien.

Ferner sagte sich der Präsident zugunsten einer Aenderung des Einwanderungsgesetzes im Sinne einer stärkeren Betonung des Auswahlgemäßigtes ein. Der Präsident teilte mit, daß im nächsten Oktober statt 24000 nur noch weniger als 6000 Einwanderer zugelassen werden würden.

Regierungsjubiläum des norwegischen Königs.

Kopenhagen. Die Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums König Haakons wurde in Oslo durch einen Festgottesdienst in der Erbförkirche eingeleitet. Das dänische Königspar, der Prinz von Wales und das Diplomatische Korps nahmen daran teil. Nach dem Empfang der Regierung, des Parlaments und des Diplomatischen Korps hielt der König vom Balkon des Schlosses eine kurze Ansprache. Am Abend fand ein großer Fackelzug durch die festlich geschmückte Stadt statt. In einer kurzen Rundfunkansprache dankte König Haakon für die Glückwünsche des ganzen Landes.

### Ostbündprotest gegen Polenterror.

Berlin. Die Leitung des Deutschen Ostbundes in Berlin hat an Reichsfinanzler Dr. Brüning nachstehendes Telegramm gerichtet:

„In tiefer Empörung über die seit Monaten sich häufenden polnischen Herausforderungen Deutschlands und in seelischer Erschütterung über die ungeheuren Drangsalierungen und die jeder Beschreibung spottende Massenwahlentziehung der Deutschen in Polen bitten wir dringend um Maßnahmen, welche Sühne der vielen vorgekommenen Ueberfälle und Verbrechen sichern, den Geschädigten entsprechende Entschädigungen gewährleisten, die vorgekommenen Wahlentziehungen einwandfrei feststellen, ihre Folgen beseitigen und die Wiederholung gleicher Vergewaltigungen der elementarsten Minderheitenrechte verhüten. Wir bitten, nachdrücklich dafür einzutreten, daß der Völkerbund nicht nur in Ostoberschlesien dem Genfer Abkommen zur vollen Geltung verhilft, sondern auch sonst in Polen der deutschen Minderheit ihre verbrieften Rechte sichert. Zugleich erbitten wir Maßnahmen gegen die unausgesetzte, systematische deutschfeindliche Hetze der polnischen Blätter diesseits und jenseits unserer Ostgrenze. Die Mitglieder unserer rund 500 Ortsgruppen im Reich teilen die Erregung des Deutschen mit der gesamten deutschen Öffentlichkeit und fordern schnelle Hilfe und schärfste Abwehr.“

### Die Reichstagsfraktion der DNVP fordert beschleunigtes Einschreiten gegen Polen.

Berlin. Dr. Oberfohren hat namens der deutschen nationalen Reichstagsfraktion an den Reichsaussenminister ein Schreiben gerichtet, in dem die dringende Bitte ausgesprochen wird, die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses nicht weiter zu verzögern, damit durch eine sofortige Erörterung der unerhörten Tatbestände die deutschen Volksgenossen in Ostoberschlesien in ihrem Abwehrkampf gestärkt werden.

Der „Manchester Guardian“ fordert englische Schritte beim Völkerbund zugunsten der Minderheiten in Polen.

London. Der „Manchester Guardian“ verlangt ein baldiges Einschreiten Englands beim Völkerbund zugunsten der Minderheiten in Polen. Es sei erregend, daß die englische Regierung ihren Vorkämpfer in Warschau zu einem eingehenden Bericht über die Lage in der Ukraine aufgefordert habe. Hoffentlich werde Henderson bald die notwendigen Schritte ergreifen, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Vorgänge in der Ukraine und auch in Ostoberschlesien zu lenken. England sei nicht unmittelbar interessiert, so daß seine Intervention nicht die gewünschten Ergebnisse bringen könne. Es befinde sich in einer etwas anderen Lage als die deutsche Regierung, die pflichtgemäß die deutsche Minderheit schützen müsse. Es wird wirklich hohe Zeit, daß der Völkerbund ein lebhafteres Interesse für das vollständige Versagen der Minderheitenverträge zeige.

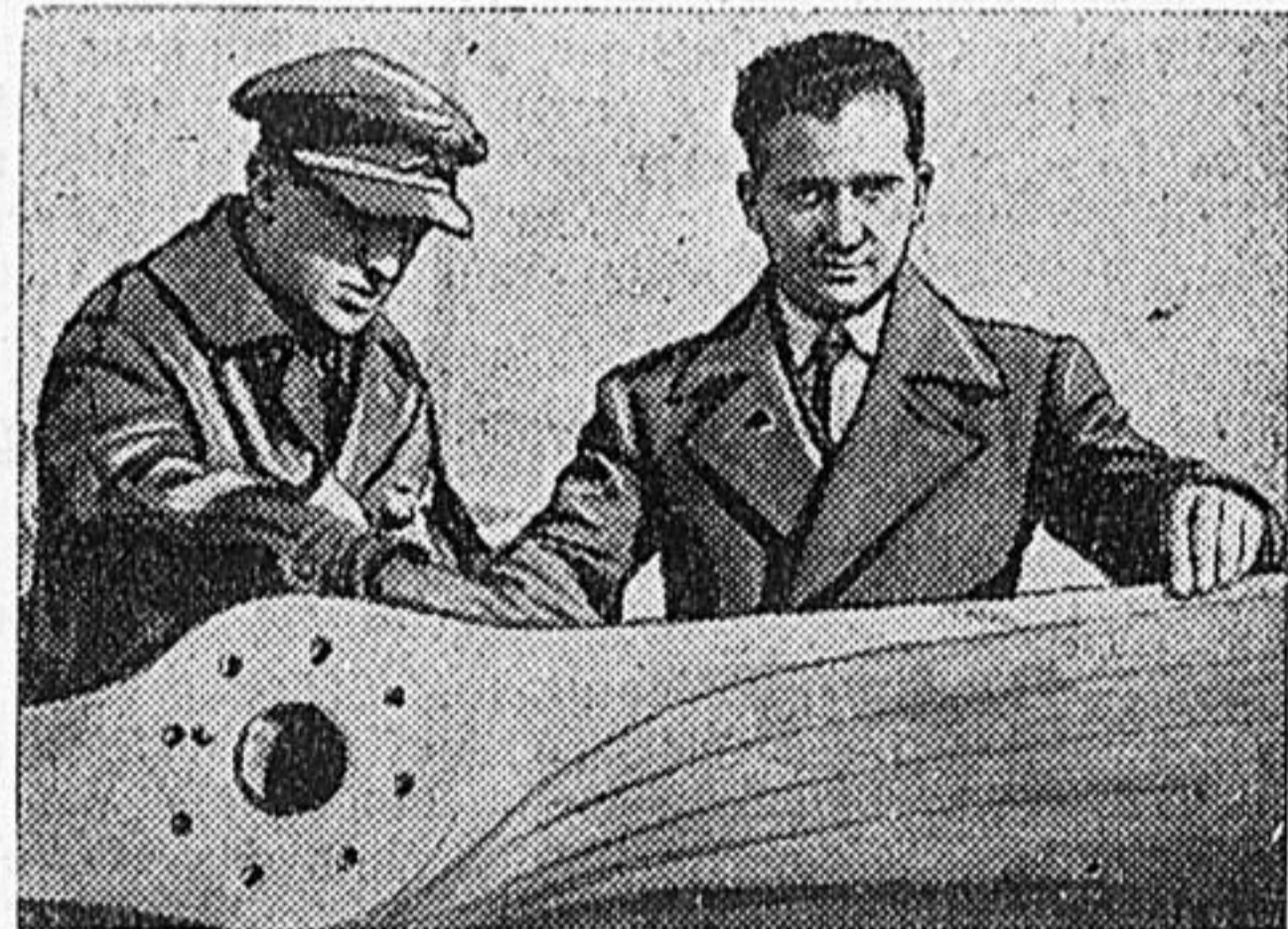
### Das Mindestmaß der deutschen Forderungen.

Berlin. Die Beratungen des Kabinetts über die polnischen Uebergriffe in Ostoberschlesien werden voraussichtlich noch fortgesetzt werden. Die Nachricht, daß einige kleine Beamte in Hohenbirken wegen dieser Vorkommnisse von der polnischen Regierung disziplinarisch bestraft wurden, wird hier als vollkommen ungenügend angesehen, denn die Schuld liegt selbstverständlich nicht bei diesen nachgeordneten Organen, sondern beim Wojewoden sowie beim polnischen Westmarkenverband. Eine wirkliche Genugtuung könnte nur in der Abberufung des Wojewoden und in der Auflösung der Verbände der polnischen Aufständischen sowie in einer Aenderung des Kurzes gegen die deutschen Minderheiten erblickt werden. Jedenfalls wird man nach wie vor dringend verlangen müssen, daß der Völkerbundsrat wegen dieser schweren Zwischenfälle unverzüglich in Aktion gesetzt wird.

### Veränderungen im spanischen Kabinett

Madrid, 26. November.

Der Innenminister General Marzo ist zurückgetreten. An seine Stelle ist der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Matos, getreten. Dessen Ministerium ist dem bisherigen Justizminister Estrada übertragen worden. Das Justizministerium hat Montes Jovellar übernommen. Die neuen Minister haben bereits den Eid geleistet.



Franco aus dem Gefängnis geflohen. Der spanische Ozeanflieger Major Franco ist aus dem Militärgefängnis in Madrid ausgebrochen. U. B. z. Major Mello Franco.

Franco's Abschiedsbrief an den spanischen Ministerpräsidenten. Madrid. Major Franco hat in der Gefängniszelle, aus der er geflohen ist, einen Brief an den Ministerpräsidenten zurückgelassen, in dem er mitteilt, daß er ins Ausland zu fliehen gedenke und sein Leben der Freiheit Spaniens weihen werde.